

Stiftung Marktwirtschaft (Ed.)

**Research Report**

## Deutschland in der Prüfung (2): Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 56

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

*Suggested Citation:* Stiftung Marktwirtschaft (Ed.) (1998) : Deutschland in der Prüfung (2): Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 56, Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Bad Homburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99833>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Argumente zu Marktwirtschaft und Politik

### Deutschland in der Prüfung (2) Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

„Die Blindheit und intellektuelle Fahrlässigkeit, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen.“  
(Ludwig Erhard, 1957)

„Die soziale Marktwirtschaft ist eine große Errungenschaft. Märkte einzusetzen, um Wohlstand für alle zu schaffen, und gleichzeitig einen vernünftigen sozialen Ausgleich zu sichern, ist genial und menschenwürdig. Es ist höchste Zeit, diese Errungenschaft zukunftsfest zu machen. Wir müssen viel verändern, um das Wesentliche zu erhalten.“  
(Jost Stollmann, 1998)

Der beinahe zornige Ausruf Ludwig Erhards blieb, wie wir wissen, ohne Resonanz – selbst in den eigenen Reihen. Wird es dem Mahner unserer Tage ähnlich ergehen? Damals, zur Nachkriegszeit, stand das Land des Wirtschaftswunders in seiner Blüte, die Möglichkeiten dessen, was Staat und Gesellschaft sich leisten können, schienen ebenso zu wachsen wie die Wirtschaft selbst. Außer einigen wenigen Leuten mit Weitsicht und Verantwortungsempfinden für das Ganze sah kaum jemand die Notwendigkeit, das Steuer herumzuwerfen und die Ansprüche der Bürger an den Staat langsam einzudämmen. Das Gegenteil trat ein. Im Wechselspiel zwischen den Wünschen nach immer mehr Sozialstaat und dem Ehrgeiz vieler Politiker, diese Wünsche möglichst noch zu überbieten, nahm die von Erhard befürchtete Entwicklung ihren Lauf.

Heute kann besichtigt werden, wieviel von der zukunftsweisenden Idee des sozialen Rechtsstaats dabei umgebogen wurde. Das Grundgesetz hatte ihn um die beiden Pole persönliche Freiheit und soziale Verantwortung geschaffen und durch Markt und Wettbewerb gestärkt. Dieser soziale

Rechtsstaat gibt dem Bürger die Freiheit und räumt ihm die praktischen Möglichkeiten ein, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und für die Wechselfälle weitgehend in eigener Regie und nach eigenen Vorstellungen Vorsorge zu treffen. Er sorgt aber auch dafür, daß die Gemeinschaft dem Bürger Sicherheit vor Abstürzen bietet, soweit er sich aus eigener Kraft nicht dagegenstemmen kann. Und er schafft die

#### Deutschland muß sich in allen Bereichen verbessern und erneuern

Voraussetzungen dafür, daß alle im Lande ohne Diskriminierung ihre Chancen wahrnehmen können.

Dem so konzipierten sozialen Rechtsstaat, in dem die ökonomische und soziale Sphäre sich fruchtbar ergänzen, entspricht unser Gemeinwesen längst nicht mehr. Übertreibung und Ordnungsfehler haben ein Zerrbild daraus gemacht. Heute stöhnen die Menschen unter dem zum Wohlfahrtsstaat entarteten System, das ihnen immer mehr Lasten aufbürdet, immer weniger an

Entscheidungsfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten läßt und die versprochene Sicherheit dennoch nicht mehr zu bieten vermag. Die Gefahr ist groß, daß den Heranwachsenden der Freiraum für die Gestaltung ihres eigenen Lebens vollends genommen wird und daß sie, als Gefangene eines rückwärts gewandten Systems, vornehmlich aufgehäuften Schulden abtragen müssen.

Gerade unter dem Aspekt der Zukunftssicherung und Chancenwahrung muß Deutschland sich derzeit in allen Bereichen verbessern und erneuern. Das ist nicht nur geboten, weil die ganze Welt inmitten dramatischer Veränderungen steht und wir uns darauf einstellen müssen. Die umfassende Modernisierungs- und Optimierungsaufgabe stellt sich für unser Land vor allem deshalb, weil wir so viele unserer gesellschaftlichen Arrangements – darunter die Systeme Arbeit, Besteuerung und

soziale Sicherheit – in fahrlässiger Weise immer weiter von einer guten durchhaltbaren Ordnung entfernt haben.

Deutschland hat also allen Grund, die vier Jahre der demnächst beginnenden Legislaturperiode von 1998 bis 2002 zu nutzen, um diese Ordnungsaufgaben anzupacken und die dazu notwendigen Prioritäten zu setzen. Worte reichen dazu freilich nicht aus. Es müssen handfeste Widerstände überwunden und widersprüchliche Verhaltensweisen aufgegeben werden.

## Deutschland in der Prüfung (2) Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

### Brennpunkt Sozialstaat

Auf dem inzwischen kaum noch überschaubaren Feld des Sozialen stellt sich die Reformaufgabe besonders dringlich. Eine grundlegende Neuordnung ist hier schon aus drei ohne weiteres erkennbaren Gründen geboten. Unsere in den Jahren vermeintlichen Überflusses konzipierte Sozialpolitik ist nicht mehr lange finanzierbar; viele ihrer Aus- und Nebenwirkungen schä-

### Der einst bestaunte deutsche Sozialstaat steht heute vor einem Gerechtigkeits-, einem Anstands- und einem Finanzierungsproblem

digen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft; und sie läuft darüber hinaus immer häufiger grundlegenden sozialen Zielen zuwider. Die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat haben mittlerweile eine kaum noch vorstellbare Größenordnung erreicht. Im Jahr 1997 umfaßte das Sozialbudget rund 1.256 Milliarden Mark. Das entspricht 34,4 % all dessen, was wir in unserem Lande erwirtschaften. Hinzu kommen pro Jahr noch rund 300 Milliarden Mark an Subventionen, die zu einem großen Teil ebenfalls unter sozialen Aspekten vergeben werden. Einen solchen zwangsweisen Entzug von Mitteln aus dem privaten Sektor und seine Lenkung in rein konsumtive Verwendungen kann eine Volkswirtschaft auf Dauer nicht durchhalten, ohne Schaden zu nehmen. Denn die im Zuge dieser Politik falsch gesetzten Anreize und die laufend steigenden Abgaben lähmen die Wirtschaftstätigkeit, aus der die benötigten Mittel kommen müssen.

Es befremdet den Bürger erst recht, daß die Ergebnisse dieser kostentreibenden Politik mit seinen Vorstellungen von guten sozialen Verhältnissen vielfach kaum noch in Einklang zu bringen sind. Es will einfach nicht einleuchten, wenn Sozialpolitik im Endergebnis etwa dazu führt, daß reguläre Arbeit kaum mehr erbringt als vom Staat bezogene Sozialhilfe. Es ist für den einzelnen nicht nachvollziehbar, wenn wegen der Steuer- und Abgabenbelastung die

Schere zwischen Brutto- und verbleibendem Nettoeinkommen immer größer wird und so von der Erhöhung des Einkommens immer weniger übrig bleibt, während die Sozialsysteme immer weiter in die Klemme geraten. Es ärgert den Bürger als den Finanzier des Sozialstaats, wenn das System des sozialen Wohnungsbaus gutsituierten Personen bestens ausgestattete, subventionierte Wohnungen billig beläßt, während Hunderttausende bedürftiger Familien vergebens nach einer erschwinglichen Bleibe

suchen. Und es beunruhigt alle, daß trotz aufwendiger Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Arbeitslosen über Jahre unablässig angestiegen ist.

Die Liste der Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten des Wohlfahrtsstaats ist immer länger geworden – wobei die absehbare Entwicklung der Renten und der Leistungen aus den anderen kollektiven Kassen die Menschen vielleicht noch am meisten in Unruhe versetzt, weil sie auf diese Leistungsversprechen Teile ihrer Lebensplanung aufgebaut haben. Doch die Systeme können, so wie sie derzeit konstruiert sind, trotz immer weiter steigender Beiträge auf Dauer nicht halten, was Politiker und Interessenvertreter jahrzehntelang versprochen, was alle gerne geglaubt und worauf sie sich eingestellt haben.

Verlässliches aber bekommt der Bürger auch heute nicht zu hören. So kann er selbst weder zuverlässig planen noch darf er aus diesen Systemen aussteigen. Freie Mittel zur ergänzenden Vorsorge aber stehen dem Durchschnittsverdiener nicht zuletzt wegen der Belastung durch Steuern und Sozialabgaben kaum mehr zur Verfügung. Mithin bleibt er – durch kollektiven Zwang teilweise enteignet – auf Gedeih und Verderb der Unberechenbarkeit politischer Entscheidungsprozesse ausgeliefert, und dies sein ganzes Leben lang.

Ausgerechnet der einst bestaunte Sozialstaat deutscher Prägung steht heute vor einem Gerechtigkeits-, einem Anstands- und Finanzierungsproblem, und seine Akzeptanz wird gleich von zwei Seiten in Frage gestellt. Den einen geht offenbar schon das Nachdenken über eine Begrenzung des Wohlfahrtsstaats zu weit – die in einer norddeutschen Stadt kürzlich ergangene kirchliche Einladung zu einer Totenmesse für den Sozialstaat ist ein, zugegebenermaßen extremer, Beleg hierfür. Die anderen klinken sich still und leise aus der verordneten Solidarität aus. Das alles stellt uns, unserer Reife und Lösungskompetenz ein Armutszeugnis aus. Um so mehr müssen wir versuchen, den Problemen fortan mit Sachverstand auf den Grund zu gehen und praktikable, dauerhafte Lösungen zu entwickeln. Bei Einsicht und gutem Willen und einer beides fördernden politischen Führung läßt diese Aufgabe sich bewältigen.

### Fehlsteuerungen und ihre Gründe

Die in der finanziellen wie in der moralischen Verfassung unseres Gemeinwesens sichtbar werdende Sozialstaatskrise läßt sich freilich nicht auf wenige Ursachen beschränken und ist deshalb auch nicht mit vereinzelt Eingriffen zu beheben.

Die Reise in unsere wohlfahrtsstaatlichen Probleme war lang. Vorangetrieben wurde sie von immer neuen guten Absichten. Im Längsschnitt der Jahrzehnte betrachtet, schälen sich einige Linien deutlich heraus und lassen Ursachen und Wirkungszusammenhänge erkennen.

### Vom sozialen Rechtsstaat zum obrigkeitlichen Wohlfahrtsstaat

Die eine Linie zeigt eine von allen Teilen der Gesellschaft getragene, immer umfangreichere Indienstnahme der öffentlichen



## Deutschland in der Prüfung (2) Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

viel an Einzelfallgerechtigkeit durchsetzen zu können – genötigt, immer tiefer in das Leben der Wirtschaft und des einzelnen einzugreifen. Zu absurden Ergebnissen führt das auf dem für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft besonders kritischen Segment: dem Arbeitsmarkt. Er wurde – vermeintlich im Interesse der Arbeitnehmer – so lange von Gesetzgebung und Verwaltung, von Rechtsprechung und den Tarifparteien reguliert, bis er nur noch eingeschränkt funktionieren und rentable Arbeitsmöglichkeiten bereitstellen konnte. Auf diese Weise wurden Arbeitsplätze vertrieben. Die verbliebenen aber, an denen die umfangreichen sozialen Sicherungssysteme bis heute fahrlässigerweise immer noch festgemacht sind, werden zur Finanzierung der wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben in einem Maße mit Steuern und Abgaben belegt, daß auch sie oft nicht mehr gehalten werden können. Durch diesen Systemfehler trocknet der Staat die wichtigste Quelle für seine umlagefinanzierten Sozialsysteme selber aus.

### Vom richtigen zum falschen Anreiz

Die zweite Linie zeigt, wie diese Indienahme des Staates elementare menschliche Anreize in die falsche Richtung gelenkt hat. Dadurch wurden natürliche, für eine intakte Gesellschaft unverzichtbare Verhaltensweisen vielfach ins Unnatürliche verkehrt und unsere Sozialsysteme in ohnehin schwerer Zeit noch weiter geschädigt. Jeder weiß inzwischen: bei den derzeitigen Steuer- und Abgabensätzen ist Schwarzarbeit für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber noch interessanter als früher; dem Staat die Sorge für sich und die Familie zu überlassen kann finanziell ertragreicher sein, als selber Vorsorge zu treffen; die kollektiven Kassen voll auszuschöpfen bringt mehr ein, als sparsam mit ihnen umzugehen.

Damit haben sich die von den wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen geprägten „sozialen Untertanen“ (Ludwig Erhard) in einer

verkehrten Welt eingerichtet. Abnehmende Bereitschaft, regulärer Arbeit nachzugehen, wo immer sie sich bietet, Konzentration auf die Erlangung von Subventionen statt auf die Bewährung am Markt, Abwendung vom Leistungsprinzip zu Gunsten des Gleichheitsprinzips schon in Schulen und Hochschulen und steigende Ansprüche an den Staat zählen zu ihren Kennzeichen.

### Vom Kostenbewußtsein zur Selbstausbeutung

Parallel dazu verläuft eine dritte Linie: die unserer wohlfahrtsstaatlichen Denk- und Lebensweise innewohnende partielle Ausblendung der dafür anfallenden Kosten. Zwar jammert jedermann über zu hohe Beiträge und mithin über zu hohe Kosten. Doch an den im Laufe der Zeit mit immer mehr sozialen Waren vollgepackten Regalen ist kaum ein Preisschild angebracht. Das läßt zur Ausbeutung der Versichertengemeinschaft durch die Versicherten geradezu ein: Für den einzelnen ist es vollkommen rational, aus der Sozialversicherung so viel an Leistungen herauszuholen wie eben möglich – die ihm selbst zurechenbaren Kosten dieses Verhaltens bekommt er nicht zu spüren. Weil dieses Verhalten aber nahezu allen rational erscheint, trifft den einzelnen die dadurch losgetretene Kostenlawine am Ende eben doch mit voller Wucht. So rächt

## Sozialordnung und Wirtschaftsordnung können nur dann erfolgreich sein, wenn sie voneinander abhängige Teile einer Gesamtordnung sind

es sich, daß in unseren Sozialsystemen in der Vergangenheit viel zu wenig getan wurde, um etwa mit Hilfe von Selbstbeteiligung und versicherungsmathematisch korrekten Beiträgen den einzelnen mit den Kosten zu konfrontieren, die er verursacht.

Auch außerhalb der eigentlichen Sicherungssysteme wird der Bürger mit den von ihm verursachten Kosten in Frieden gelassen – wen kümmert beispielsweise schon,

was der Staat für den Studenten an einer deutschen Hochschule aufwenden muß? Statt dem einzelnen in diesem und vielen vergleichbaren Fällen die für solche Zwecke gedachten Mittel – soweit er einen Anspruch darauf hat – direkt in die Hand zu geben, gleichzeitig aber halbwegs kostendeckende Preise zu nehmen und auf diese Weise verantwortungsbewußtere rationale Entscheidungen zu ermöglichen, gibt es diese Angebote pauschal zum vermeintlichen Nulltarif. Auch so setzen wir Anreize zu unverantwortlicher Verschwendung, betrügen uns im großen Stil selbst und schaffen darüber hinaus handfeste Ungerechtigkeiten.

### Von Ordnung zur Unordnung

Führt man die Linien zusammen, wird der tiefere Grund für unsere krisenhafte Entwicklung deutlich. Er liegt in der Mißachtung elementarer ordnungspolitischer Zusammenhänge. Wir haben Sozialpolitik – wie andere Teile unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch – immer weniger an den Grundsätzen und Grundanforderungen der sozialen Marktwirtschaft orientiert und so getan, als seien Wirtschafts- und Sozialordnung voneinander abgeschottete Welten, die jeweils ihren eigenen Gesetzen folgen. Dabei können beide nur als interdependente Teile einer Gesamtordnung

erfolgreich sein. Diese Ausklammerung der marktwirtschaftlichen Komponente verdirbt – wie von Hans Willgerodt einmal formuliert – letztlich das Soziale, so wie die Ausklammerung des Sozialen auch die Marktwirtschaft verderben würde. Doch dieser Zusammenhang wurde im Laufe der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung aus den Augen verloren: wirtschaftliche und soziale Anliegen galten hinfot als Gegensätze. Gerade diese lebensfremde Trennung des Zu-

Deutschland in der Prüfung (2)  
Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

sammengehörigen hat zu den irrationalen Diskussionen über den Abbau des Sozialstaats und zu den nicht endenden sozialpolitischen Grabenkämpfen geführt. Sie laufen letztlich immer wieder darauf hinaus, daß die Sozialstaatsreform dem rationalen Diskurs entzogen und zur reinen Machtfrage degradiert wird. Unverantwortlicher kann man mit dem hohen Gut des sozialen Rechtsstaats und den heute wie morgen daran hängenden Menschenschicksalen gar nicht umgehen.

Auf der Strecke geblieben ist dabei sogar die natürliche Solidarität unter denen, die sich eigentlich nahe sein und füreinander einstehen müßten. Die andere, staatlich verordnete und mit Zwangsabgaben aufrechterhaltene Solidarität, die diesen Namen kaum verdient, hat Egoismus und Isolation im Gefolge und zerstört den für eine entwicklungsfähige Gesellschaft unerläßlichen Wurzelgrund sozial verpflichtender persönlicher Bindungen. Dieser Verlust mit seinen täglich beklagten Auswirkungen an Gleichgültigkeit und gesellschaftlicher Kälte ist nicht die Folge „marktwirtschaftlichen Terrors“. Er ist die Konsequenz der fehlgeleiteten Entwicklung vom sozialen Rechtsstaat hin zum allumfassenden, bürokratisch verwalteten Wohlfahrtsstaat.

Immer mehr Menschen erkennen inzwischen die Zukunftslosigkeit dieses Ansatzes von Sozialpolitik. Die Reaktion auf den Zustand ist heute geteilt. Die einen klammern sich an Staat und Status quo und suchen in der Politik und in der Interessenlandschaft solche Vertreter, die ihnen dahingehende Versprechungen machen. Die anderen suchen sich aus den Fangarmen dieser Art von Sozialstaat zu befreien und steigen aus. Von Schwarzarbeit über Steuerflucht und neue Arbeitsformen bis hin zum Tätigwerden außerhalb unserer Grenzen gibt es dafür reichlich Möglichkeiten. Dadurch aber wird die Last für diejenigen, die im Land und im System bleiben (müssen), nur noch größer und das, was zur Verteilung übrigbleibt, noch kleiner. Doch das darf nicht das letzte Wort über unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft sein.



Auch deshalb müssen wir unsere sozialen Systeme reformieren: um den Jüngeren ihre Chancen offenzuhalten

Bild: Mauritius

Beide, die Errungenschaft des sozialen Rechtsstaats und die wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit des Landes sind – für alle, die hier leben und leben werden – viel zu wertvoll, um sie von aktuellen Machtinteressen und ihrem Zynismus des Nach- und die Sintflut verderben zu lassen. Die Globalisierung macht klar, wie sehr beide Teile zusammengehören. Schon heute wird die Anziehungskraft einer Volkswirtschaft immer weniger vom Kriterium der Faktorausstattung und immer mehr von den politischen Regelwerken der Länder und Regionen bestimmt. Damit stehen auch und gerade die sozialpolitischen Systeme im weltweiten Wettbewerb um unternehmerische Kompetenz und mobiles Kapital. Auch deshalb müssen wir unsere sozialen Systeme reformieren, um den Jüngeren ihre wirtschaftlichen Chancen offenzuhalten. Auch wenn wir uns dagegen sträuben: Es bleibt eben nichts beim Alten. Mit den Einstellungen und Aufstellungen von gestern scheidet Deutschland nicht nur bei der Fußballweltmeisterschaft aus.

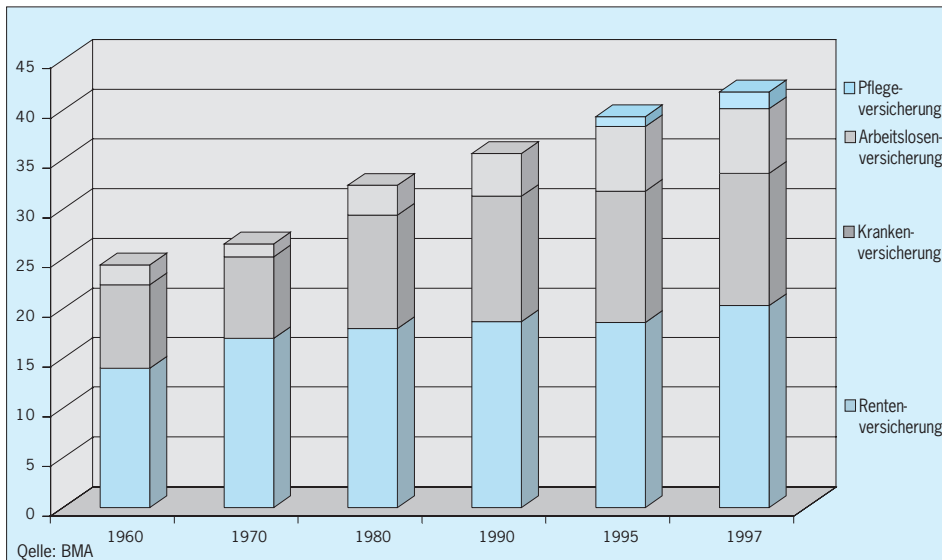
## Der Weg zu einem effizienteren und gerechteren System

Um wieder zu guten, durchhaltbaren sozialen und zu gestärkten wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen, müssen Politik und gesellschaftliche Kräfte – nach Jahrzehnten des Treibenlassens und mancher Scheinreform – ohne weiteren Verzug die Verständigung darüber einleiten, was wir in Deutschland mit Blick auf die Zukunft unter Sozialstaatlichkeit eigentlich verstehen wollen, worauf die daraus abzuleitenden Maßnahmen im einzelnen zielen sollen und wie sie zu finanzieren sind. In allen diesen Punkten herrscht Unklarheit. Doch soziale Sicherung läßt sich nur dann verläßlich organisieren und halten, wenn sie in ihren Grundzügen den Vorstellungen der Bürger entspricht und sich auf längere Sicht im Rahmen der wirtschaftlichen und damit finanziellen Möglichkeiten bewegt.

## Deutschland in der Prüfung (2) Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

### Der Zugriff der Sozialversicherungen 1960–1997

Beitragsätze in Prozent des beitragspflichtigen Einkommens (Westdeutschland)



### Keine falschen Medikamente mehr

Das sollte die Politik davon abhalten, dem Patienten Sozialstaat künftig Medikamente zu verschreiben, die ihm eine kurze, allenfalls bis zum nächsten oder übernächsten Wahltag anhaltende Beruhigung bringen, seinen Gesamtzustand aber weiterhin verschlechtern. Heute in Aussicht zu stellen, die Sozialleistungen des Staates könnten weiter ausgebaut werden, ist solch ein unverantwortliches Rezept. Es würde letztlich wieder zur Erhöhung der Steuern und Abgaben führen und damit die Abwärtsspirale weiter fortsetzen. Im Gegenteil: Die umsichtige Eindämmung der Sozialkosten muß absoluten Vorrang haben. Reine Augenwischerei sind auch die Vorschläge, die auf eine bloße Verschiebung der Kosten zwischen den einzelnen Systemen hinauslaufen. Einem Verrat an der jungen Generation käme die Rücknahme des ohnehin bescheidenen Rentenreformgesetzes 1999 gleich. Chancenlos wäre der Versuch, der im Zeitalter des globalen Wettbewerbs notwendigen Runderneuerung in Deutschland durch Ab-

schottung unseres Landes oder durch länderübergreifende Absprachen von Mindeststandards ausweichen zu wollen. Alle darauf gerichteten Versprechungen sind unseriös, wiegen die Menschen in falscher Hoffnung und vergeuden wertvolle Zeit, die für die unabweisbaren Reformen genutzt werden muß.

### Ein neues Verhältnis von Bürger und Staat

Ins Positive gewendet heißt dies: Um auch im sozialen Bereich wieder voranzukommen und unser Land und seine Menschen für die veränderte Welt des 21. Jahrhunderts zu stärken, müssen Staat und Bürger ihr Verhältnis zueinander neu bestimmen. Die Politik hat dabei voranzugehen. Sie muß ihre Reformvorhaben in allen Bereichen – auch und gerade im Sozialen – wieder an den zeitlosen Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Subsidiarität, an der Höhe von Leistung und Gegenleistung und am Gebot der Nachhaltigkeit orientieren. Ausgangs- und Endpunkt aller darauf gerichteten Bemühungen muß der Bürger sein – der nach

dem Menschenbild unseres Grundgesetzes einzig Freiheits- und Entscheidungsberechtigte. Er hat ein Recht darauf, daß ihm von seiner Leistungskraft so viel belassen wird, daß er seine Lebensplanung als Individuum und als Teil der Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen vornehmen kann. Der überforderte Staat aber und seine Kollektive sind künftig möglichst nur dort ins Spiel zu bringen, wo die elementaren Anliegen des sozialen Rechtsstaats auf andere, effizientere und menschengerechtere Weise nicht erreicht werden können.

„Von fremdverantworteter Versorgung hin zur anspornenden Verantwortlichkeit sozialabgestützter Freiheit“ – auf diese von Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof präzierte Neuordnung hin sind alle Institutionen unseres Wohlfahrtsstaats ohne weiteres Zögern zu überprüfen und, wo geboten, grundlegend zu reformieren. Das gilt, allem voran, für die wegen der Alterspyramide in ihrer Existenz besonders gefährdeten Umlageverfahren. Die unsicher gewordene Alterssicherung muß zu ihrer Stabilisierung mehr und mehr auf Kapitaldeckung und darauf gegründete persönliche Ansprüche umgestellt werden. Das Gesundheitswesen ist wieder mehr am Grundgedanken der Versicherung zu orientieren, so daß der einzelne in diesem Rahmen seine eigenen Vorstellungen von Art und Umfang des Schutzes besser umsetzen kann und Anreiz zum sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen erhält. Ähnliches gilt für die anderen kollektiven Systeme. Für das Anbieten von Arbeit sind viele der kontraproduktiven Regulierungen aufzuheben, damit der einzelne auch tatsächlich Chancen zur Arbeitsaufnahme erhält und die Unternehmen, dadurch flexibler werdend, leichter Arbeitsplätze erhalten und schaffen können.

### Wirtschafts- und Sozialpolitik aus einem Guß

Was hier an notwendigen Reformen nur in groben Strichen angedeutet werden kann, läßt die Dimension der Aufgabe erkennen,

Deutschland in der Prüfung (2)  
Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen

vor der wir heute stehen. Für den Sozialbereich erfordert dies einige strategische Weichenstellungen.\* Statt der bisherigen, oft halbherzigen Reformen, in denen die nächste Zwangslage bereits angelegt war, müssen die Konstruktionsfehler des ohne Verknüpfung mit der marktwirtschaftlichen Ordnung konstruierten und ohne das Denken in Zusammenhängen praktizierten Wohlfahrtsstaats korrigiert werden. Sozialpolitik in allen ihren Facetten – die Arbeitsmarktpolitik eingeschlossen – muß wieder als Teil der marktwirtschaftlich verfaßten Gesamtordnung begriffen und als stützendes Element in diese Ordnung integriert

## Ohne Effizienz und ordnungspolitischen Gleichklang ist kein Staat zu machen, schon gar kein sozialer

werden. Denn Marktwirtschaft und Wettbewerb vermögen nicht nur besser als jede andere Ordnung elementare soziale Anliegen zu verwirklichen, indem sie Knappheiten sichtbar machen, Verbrauchervünsche erfüllen und die Preise niedrig halten. Sie schaffen überhaupt erst die ökonomische Basis für das, was heute und morgen an Sozialleistungen erbracht werden soll. Das können sie auf Dauer nur, wenn alle Teile der Gesamtordnung stimmig und effizient interagieren und sich nicht gegenseitig in den Arm fallen. Ohne Effizienz und ordnungspolitischen Gleichklang der verschiedenen Politikbereiche ist kein Staat zu machen und ein sozialer schon gar nicht. Sozialpolitik muß also da ihre Grenzen finden, wo sie mit ihren auf Umverteilung gerichteten Eingriffen und Maßnahmen die Funktionsfähigkeit des Marktes beeinträchtigt und die Initiative der Bürger in die falsche Richtung lenkt. Hält Sozialpolitik sich nicht an diese Grenzen, gefährdet sie ihre Funktionsfähigkeit und vereitelt ihre eigenen Ziele.

Statt dessen kann eine gute Sozialpolitik – schon indem sie Existenzängste abbaut und Sicherheit gibt – zur Leistung motivieren und wertvolle gesellschaftliche Produktivität entwickeln, die dem einzelnen zugute kommt und die Gemeinschaft aller stärkt.

Anders gewendet: Nur wenn die Balance zwischen individueller Handlungsfreiheit und kollektiver Solidarität wieder gelingt, sind wirtschaftliches Vorankommen und soziale Sicherheit dauerhaft möglich.

Nur auf dieser Basis kann eine Gesellschaft auf Dauer zusammenhalten und die Chan-

cen der heranwachsenden Generationen wahren.

Sozialpolitik muß also wieder in die marktwirtschaftliche Gesamtordnung integriert und zielgenau auf die Anforderungen des sozialen Rechtsstaats konzentriert werden.

Ob die politischen Kräfte im Land, die es bisher fahrlässigerweise versäumt haben, die Menschen auf die Entwicklung vorzubereiten, sich jetzt dazu aufraffen können, steht noch dahin. Sozialpolitik bei zurückgehenden Zuwächsen und ungünstiger Bevölkerungsentwicklung ist für Politiker und Bürger in unserem Land ohnehin neu und verwirrend. Zudem sind Widerstände der unterschiedlichsten Gruppen abzubauen, die in den für das Ganze notwendigen Reformen für sich primär Nachteile sehen. Gewöhnung an das Alte, in das alle irgendwie eingebunden sind, und Argwohn gegenüber dem Neuen und seinen Anforderungen tun ein übriges, um eine zügige Neuordnung zu erschweren.

Doch diesmal, in der Legislaturperiode 1998 bis 2002, die demnächst den Brückenschlag vom alten ins neue Jahrhundert zu vollziehen hat, dürfen Politik und Gesellschaft der großen Versuchung nicht nachgeben, alles noch einmal beim alten zu belassen. Dafür steht zu viel auf dem Spiel.



\* Abgedruckt in: Frankfurter Institut (Hrsg.),  
Rentenkrise. Und wie wir sie meistern können,  
Bad Homburg 1997



---

**Deutschland in der Prüfung (2)**  
**Mit Markt zu guten sozialen Verhältnissen**


---



---

## Schlußfolgerungen

■ Die sich grundlegend verändernde Welt legt auch die Mängel unserer gesellschaftlichen Organisation frei. Sie macht vor allem die problematische, nicht durchhaltbare Struktur unserer sozialen Ordnung erkennbar.

■ Die großartige Errungenschaft des sozialen Rechtsstaats ist zur unheilvollen wohlfahrtsstaatlichen Praxis pervertiert. Mit seinen Versprechungen und Einforderungen umklammert dieser Staat heute fast die gesamte Bevölkerung. Seine Umverteilungsprozesse sind oft undurchschaubar, die Ergebnisse vielfach unsozial und die Kosten nicht mehr tragbar. Der Sozialstaat bisheriger Prägung lebt von Illusionen, lähmt die Gesellschaft und scheitert an sich selbst.

■ Die unausweichliche Reform muß alle Teile des Systems einbeziehen und sie den neuen Gegebenheiten anpassen: dem demographischen Wandel, den finanziellen Restriktionen und der sich grundlegend ändernden Arbeitswelt. Das Sozialsystem der nächsten Jahre und Jahrzehnte muß so angelegt werden, daß es von den Menschen aller Generationen – auch von den Jüngeren, die vielfach schon heute ein anderes Verständnis von der Herstellung sozialer Gerechtigkeit haben – als fair angesehen und dauerhaft finanziert werden kann.

■ Mithin ist die Reform am Leitbild des eigenverantwortlichen Menschen zu orientieren und aus dem Grundsatz der Subsidiarität heraus anzugehen. Staat und Kollektive haben nur dort ins Spiel zu kommen, wo subsidiäre Lösungsansätze nicht helfen.

■ Diese Reform im Spannungsfeld von ökonomischen Erfordernissen und sozialen Grundanliegen muß freilich mehrheitsfähig gemacht werden. Hier liegt die politische Führungsaufgabe der Gegenwart. Die unerläßliche Umstellung der individuellen Risikovorsorge auf mehr Eigenverantwortung setzt klare, verbindliche Entscheidungen der

Politik über den künftigen Zuschnitt der Sozialleistungen, über deren jeweilige Zugangsbedingungen und über die bei der Reform zu erwartenden Erleichterungen bei Steuern und Abgaben voraus. Nur wenn die Menschen erfahren, woran sie sind, können sie wieder Vertrauen gewinnen, sich einstellen und ihre individuellen Entscheidungen vorbereiten.

■ Der geordnete Rückzug des Staates aus Teilen der bisher kollektiven Sicherung zugunsten effizienterer individueller Sicherung bedeutet keinen Rückfall in den Nachwächterstaat. Je mehr Macht der Staat an die Gesellschaft und ihre Glieder zurückgibt, desto mehr wandelt er sich vom hoffnungslos überforderten Eingriffs- und Verteilerstaat wieder zum ordnenden Organ für die Entscheidungen und Wegweisungen ins 21. Jahrhundert.

■ Letztlich werden alle – Staat, Gemeinschaft und der einzelne – eine solche Reform als Befreiung empfinden, weil sie auf Zukunft statt Vergangenheit setzt, Kräfte freilegt und den sozialen Rechtsstaat wieder vertrauenswürdig macht.

---

Die Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ greift aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen auf. Sie erscheint in loser Folge.

Die Serie „Deutschland in der Prüfung“ wurde ermöglicht durch freundliche Unterstützung der informedia-Stiftung, Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik, Köln.

Die informedia-Stiftung hat zum Thema dieses Arguments das Buch „Unsere Unsoziale Marktwirtschaft – Vom guten Modell zur traurigen Praxis“ herausgegeben. Autor ist Hugo Müller-Vogg. ISBN: 3-87427-074-2. Kölner Universitätsverlag, 1998. 140 Seiten, DM 16,80.

---

### Impressum

Herausgeber: Frankfurter Institut – Stiftung  
Marktwirtschaft und Politik, Kisseleffstraße 10,  
61348 Bad Homburg  
Tel. 06172 - 664 70  
Fax 06172 - 222 92  
e-mail Frankfurter.Institut@t-online.de  
internet <http://www.Frankfurter-Institut.de>

Vorstand  
Gert Dahlmanns

Vorsitzender des Stiftungsrates  
Klaus Schweickart

Wissenschaftlicher Beirat  
Kronberger Kreis

---